

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsern Boten frei ins Haus monatlich 90 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 80 Pfg. Bei der Post kostet und selbst abgeholt vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pfg. Durch den Boten frei ins Haus vierteljährlich 3,10 Mk., monatlich 1,04 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unser Zeitungsauerträger und Ausgeschlepper, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die jeden gefüllte Zeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärts 25 Pfg., für Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., sonst 25 Pfg. Bei größeren Abhängigkeiten entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 4 Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufsätze der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Sonntag, den 6. Oktober 1918 nachm.

Das deutsche Friedensangebot.

Die Friedensbitte an Wilson.

Der neue deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden hat in seiner gestrigen Einführungrede im Reichstage mitgeteilt, daß er in Uebereinstimmung mit allen berufenen Faktoren im Reich und in Uebereinstimmung mit den Bundesgenossen an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, eine Note gerichtet habe, in der er den Präsidenten bittet, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und deshalb mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten.

Schon vorgestern, noch ehe der Reichstag zusammentrat, war angekündigt worden, daß große Dinge sich vorbereiten, daß die Reichstagsitzung am Sonnabend ernste und folgenschwere Kundgebungen bringen, daß sie in ihrer Bedeutung der ungeschlagenen historischen Sitzung vom 4. August 1914 gleich zu achten sein würde. Nun ist die Spannung gelöst, die bedeutsame Kundgebung ist erfolgt, Deutschlands neuer Kanzler hat einen Friedensschritt unternommen, der sich in seinem Wesen und seinem Geiste eng an die letzte, an unsere Feinde gerichtete Friedensnote des Grafen Burián anschließt, der aber insofern noch weiter geht, als er eine direkte Aufforderung zur Einleitung von Friedensverhandlungen an unsere Feinde ist, während Graf Burián's Note lediglich eine unverbindliche Vorbesprechung bei Fortsetzung der Kriegshandlungen wünschte.

Tief und unheilbar ist nach vier langen und blutigen Kriegsjahren die Friedenssehnsucht der Völker. Ungeheuer sind die Opfer, die schon gebracht worden sind, unerforschlich die Verluste, die alle Kriegsführenden erlitten haben, furchtbar die Wunden, die dieser schrecklichste aller Kriege geschlagen hat. Deutschland hat diesen Krieg nicht entzündet, unser Gewissen ist rein, unüberleglich ist erwiesen, daß wir lediglich in der Notwehr aufgestanden sind, um unseren heimatlichen Herd gegen eine längst geplante Vorkriegsplanung zu verteidigen. Die Friedensliebe des Deutschen Volkes und des Deutschen Volkes unterlag keinem Zweifel. Im Schatten des Friedens haben wir uns zu einem starken und mächtigen Faktor im Rate der Völker entwickeln können. Handel und Wandel blühten, ein beispielloses materielles Aufschwung war die Frucht unseres Fleißes. Das nebeten uns die Anderen. Wir wurden ihnen zu groß und stark. Sie fürchteten für ihre eigene Existenz, sie fürchteten für ihre Weltberuhigungspläne. Kränkergest auf der einen, raubgierige Expansionspolitik auf der anderen Seite entzündeten die Brandfackel und über den Särgen des ermordeten österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gattin schlugen endlich die längst geschürten Flammen dieses Weltkrieges zusammen. Wie ein Mann erhob sich das deutsche Volk gegen seine Feinde, entschlossen, den Angriff auf seine Existenz und Freiheit abzuwehren. Blorrück, in beispiellosen Taten des Heldentums, von denen noch unsere entferntesten Enkel singen und sagen werden, hat es sich bis heute geschlagen, hat es den Feinden, die allmählich fast den ganzen Erdbreis gegen uns aufzubieten wußten, die Kraft des deutschen Schwertes erwiesen.

Aber inmitten des blutigen Kampfes um seine Freiheit hat das deutsche Volk im Bewußtsein seiner Stärke, von den edelsten Regungen der Menschlichkeit befeelt, im Bestreben, dem Massenmorde Einhalt zu tun, das Europa zu verwüsten drohte, den Feinden wiederholt die Hand zum Frieden, zur Versöhnung dargeboten. Mit blutigem Hohne wurde sie zurückgestoßen. Das niederbrückende Klingen sollte, so wollten es unsere Feinde, bis zu unserer gänzlichen Vernichtung weitergehen. Ihr eigenen ungeheuren Opfer an Gut und Blut setzten die Feinde dabei nicht. Aber immer lauter, immer härter ertönten haben wir drüber die Stimmen.

die den Frieden ersehnten. Schier unerträglich waren die Lasten und Entbehrungen des Krieges geworden. Eine deutsche Regierung, die diese Stimmen hörte, durfte sie nicht ungehört verhallen lassen.

Nun haben wir noch einmal die Hand dargereicht. Es mag manchem der Gedanke bitter sein, daß wir uns der Vermittlung des Präsidenten Wilson bedienen, jenes Mannes, der durch seine ursprüngliche „Neutralität“ und durch seine spätere Beteiligung am Kriege so unendlich viel zur Verlängerung des Blutvergießens beigetragen hat. Allein Wilson ist nun einmal der ausschlaggebende Faktor im Chöre unserer Feinde und er hat jenes Programm aufgestellt, zu welchem sowohl die deutsche wie die österreichisch-ungarische Regierung sich bekant haben. Es wurzelt in der Idee des Bälferbundes, die wir mit aufrichtiger Loyalität annehmen können, sofern uns innerhalb dieses Bundes nur unser Platz an der Sonne, unsere Weltgeltung und Weltstellung erhalten und gewahrt bleiben. Alles, was Wilson als Richtschnur für diesen Bälferbund aufgestellt hat: Abrüstung, Schiedsgerichte zur Abwehr künftiger Kriege, Freiheit der Meere usw. ist auch unser Programm, auch unser Wunsch und Wille. Und so sollte man meinen, daß eine Verständigung darüber, sofern wir an den Verhandlungstisch gelangen, gar nicht so schwer sein kann. Ist aber erst eine Einigung über diese Vorbedingung des Friedens erreicht, dann werden wir über die einzelnen Friedensfragen selbst zweifellos auch zu einer Vereinbarung kommen.

So kann man denn nur wünschen, daß der jedenfalls reiflich erwogene Schritt des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden der Welt das ersehnte Ziel, das Ende des Blutvergießens, den heiß ersehnten Frieden bringen möge. An unseren Feinden liegt es sehr abermals, dieses Ende herbeizuführen. Wenn es ihnen ernst ist um die Beseitigung jener Menschheitspeale, die sie bisher immer im Wunde führten, so werden sie in die dargebotene Hand einschlagen. Der Regierung des Prinzen Max wird dann der unverweifelliche Ruhm gebühren, die Welt aus einem Meer von Blut und Tränen in die schönere Gestalt des Friedens geführt zu haben.

Die gestrige Reichstagsitzung. Die Reichskanzlerrede.

Vor dicht besetztem Hause und überfüllten Tribünen — in der Hofloge wohnte der Kaisersohn, Prinz August Wilhelm, der Sitzung bei — eröffnete Sonnabend nachmittags 3 Uhr Präsident Fehrenbach die Reichstagsitzung mit einer Ansprache, in welcher er auf die militärischen Ereignisse der jüngsten Zeit im Westen, auf das Auscheiden Bulgariens aus dem Bunde, auf die Niederlagen Bulgariens und der Türkei hinwies, in welcher er ferner des Rücktritts des Grafen Hertling gedachte und die er wie folgt schloß: Vor uns steht eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler Seine Hoheit Prinz Max von Baden. Von der neuen Reichsleitung erhoffen wir zuversichtlich, daß sie in steter inniger Fühlungnahme mit dem Volke und nur auf das Wohl des Volkes bedacht, ihr hohes und schwieriges Amt verwalten möge. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die Großtaten der Vergangenheit der neuen Zeit kritisch, zweifelnd, ja sogar ablehnend gegenüberstehen. Wir erhoffen von den Leistungen der neuen Zeit eine versöhnende und klärende Wirkung. Der Name des Reichskanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Das wird seinen auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich sein. Möge Gottes Segen auf den Arbeit der neuen

Regierung und des Reichstags ruhen. (Lebhafter Beifall.)

Unter großer Spannung ergriff sodann das Wort Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Gemäß dem kaiserlichen Erlass vom 30. September hat das Deutsche Reich eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Stellung erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen von Hertling bin ich von Seiner Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingetretenen Regierungsweise, daß ich dem Reichstage ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundzüge darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundzüge sind, bevor ich mich zu der Uebernahme der Kanzlerschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den Verbündeten Abgerufen und mit den

Führern der Mehrheitsparteien

dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten mitnicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weitüberlegenen Volkes der deutschen Reichsvertretung, der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsch zusammengesetzt hat. Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung, wie den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ersten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Regierungsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines Einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke in weitestem Umfange jeglichen Anteil nimmt,

die Verantwortlichkeit mit auf die Mehrheit

seiner frei erwählten politischen Führer sich erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuredigkeit übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeitererschaft zu den höchsten Aemtern im Reich gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen Abzuegungstreue Gesolgshaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Wähligen verurteilt wäre. Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes. Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli desselben Jahres. (Bravo!) Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Wap der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und der Schwachen, anzuschließen. Die Lösung der belgischen Frage

belgischen Frage

steht es in der völligen Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden. Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es ist im besonderen an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen, alsbald auf beiderseits Bundelegte Reichsvertretungen

Mitden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln. In der

inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Überzeugung, daß die Einheitsliste der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitsliste der Gesinnung. (Bravo!) Von diesem Gesichtspunkte bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlamente angehören. Ich habe das höchste Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung auf dem

Standpunkte des Rechtsfriedens

stehen, unabhängig von der Kriegslage (Bravo!), daß sie sich zu diesem Standpunkte auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkte, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen. (Bravo!) Meine Herren, ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. (Bravo!) Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung. Und ein unbefriedigbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum ersten Male große Parteien sich zu einem festen einheitslichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mit zu bestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden! (Bravo!) Dabei vertraue ich, daß, so lange Deutschlands Gefährdung von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt. Diese Entwicklung macht eine

Änderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften

Im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten. (Bravo!) Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden. Meine Herren! Weiben wir der Worte eingedenk, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind Deutsche. Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen und die Vorschriften des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, schnell und restlos erfüllen. Die

preussische Wahlrechtsfrage

ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage. (Zustimmung links und im Zentrum.) Und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beifall links.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als einem Bundesstaat, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch Elsaß-Lothringen vollen Anspruch hat. (Beifall links und im Zentrum.) Die Selbständigkeit und Vielfaltigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge Treueverhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und mit seinem Landesherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die unbefehlliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. (Beifall.) Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen über die

Handhabung des Belagerungszustandes,

sie haben trennend und erbittern gewirkt und die freundliche Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig!) Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustand verleiht. Aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf den Gebieten der Justiz, des Verkehrs und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der Zivilverwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen und daß die Entscheidungen letzten Endes unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden. (Beifall links und im Zentrum.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1918 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden. Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine

neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Beifall links und im Zentrum.) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Frage über Krieg und Frieden.

(Sehr richtig.) Die Staatskraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden! (Beifall links.) Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

ausgenommen werden. (Beifall links und im Zentrum.) welche die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer angemessenen Frist ein Mindestmaß gleichwertiger oder doch gleichartiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheiten, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl wie Unternehmer. So lange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Allseitiger Beifall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen. (Erneuter Beifall.)

Im Westen

tobt seit Monaten eine einzig furchtbar menschenmordende Schlacht. Dank dem unglaublichen Heldentum unserer Armee, das als unergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungedrochen! Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Überzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd

zur Förderung des Friedensgedankens

eingreife. (Beifall.) Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der mit uns gemeinsam handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Mächten in Verbindung zu treten. (Bewegung.)

Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 24. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten Welt unter dem Kriege leidenden Menschheit aus dem halben getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson vertritt, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weltüberragende Mehrheit unseres Volkes bewegt. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen, engeren Kreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandel in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin. (Zustimmung.) Was ich will, ist

ein ehrlicher, dauernder Friede

für die gesamte Menschheit und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. (Beifall links und im Zentrum.) Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. (Sehr richtig! links.) Das Entscheidende liegt hier ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und beachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung geschieht. (Beifall links.) So sehe ich mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volke und seine ruhmvolle Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der Verhandlungen entgegen, die ich als leitender Staatsmann unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: Ich weiß, daß es

Deutschland fest entschlossen und einig

finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigenschaftliche Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampfe auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte. (Beif. Just.) Kein Jagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Überzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) Ich hoffe aber, um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen, dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechtes und der Verschönerung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet. (Beifall, stürmischer Beifall.)

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich Ihnen nur die Grundzüge dargestellt habe, den

Vergleich mit allen fremden Regierungsgrundzügen ausstellt. Noch näher auf Einzelheiten eingegangen, könnte mir heute nicht angedacht. Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigen Punkte heute hier wiedergeben vermag; ich glaube aber auch andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nichts daran gelegen ist, meine Auffassung vieler Redendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Tage richtig erfasse, meine Aussicht über den

allgemeinen Geist der neuen Regierung.

Dem jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstage darüber bei späteren Gelegenheiten Aufschluß zu geben. Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitpanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Stuganwendung ihrer politischen Grundzüge auf diese Lage gezogen hat. Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns, Jahre voll schwerer Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuvielen sogar noch offene Wunden, sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinen opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. (Sehr wahr!) Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist. (Stürmischer Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit denken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unter aller Schicksal auch fernerhin in guten, zuverlässigen Händen bei ihnen liegt. (Beifall, allseitiger Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers hob der Reichstagspräsident Behrens in einer tief empfundenen Ansprache die Bedeutung dieser Rede hervor und wies darauf hin, mit welchem Jubel das Wort Frieden von unseren Frauen und Kindern, aber auch von unseren Soldaten begrüßt werden würde. Redner erklärte, daß das deutsche Volk und der deutsche Reichstag den Friedensschritt des Reichskanzlers billigen und erklärte weiter, daß nunmehr die einzelnen Fraktionen des Reichstages sich darüber unterhalten würden. Er schlug deshalb eine Vertagung des Reichstages vor und werde die nächste Reichstagsitzung einberufen.

Die Abg. Haase (unabh. Sos.), der sich gleichfalls mit dem Friedensangebot einverstanden erklärte und Sahba (Pol.) wünschten sofortige Besprechung der Reichskanzlerrede, es blieb aber beim Vertagungsvorschlage des Präsidenten.

Der Wortlaut der Note an Wilson.

Die an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Wiederherstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongressbotschaft vom 18. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Mag. Prinz von Baden, Reichskanzler.

Anschluß Oesterreich-Ungarns und der Türkei.

Oesterreich-Ungarn hat durch die Vermittlung Schwedens an den Präsidenten Wilson gleichfalls den Antrag auf einen sofortigen Waffenstillstand gelangen lassen. Die Türkei wird diesem Schritte folgen.

Burian nimmt Wilsons Bedingungen an.

Aus Wien wird von gestern gemeldet: Die Friedensnote des Grafen Burian wird heute veröffentlicht werden. Es wird ausgesprochen werden, daß sämtliche Bedingungen Wilsons zur Annahme gelangen.

Wortlaute beim Kaiser.

Der Kaiser hatte vorgestern nachmittag Besprechungen im Reichskanzlerpalais und hörte gestern den Generalstabsvortrag.

Der Kaiser an Meer und Flotte.

Der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die Flotte gerichtet:

Selt Monaten kämpft der Feind unter gewaltiger Kraftanstrengung fast ohne Kampfpause gegen eure Ainten an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müht ihr euch auszuhalten und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirne bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die euch gestellt ist und die ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremden Boden heldenhaft das Vaterland. Ganz ist der Stand Meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Armeen in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage euch Meinen und des Vaterlandes Dank.

Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der macedonischen Front. Eure Front ist ungebroschen und wird es weiter bleiben.

Ich habe Mich im Einbernehmen mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde noch niemals den Frieden anzubieten. Doch nur zu einem ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen; das schulden wir den Soldaten, die ihr Leben für das Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin.

Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen, wie bisher, alle Kraft daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst, aber wir zählen uns im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

(gez.) Wilhelm I. R.

Gerard über die neue deutsche Regierung.

Aus Washington wird gemeldet: Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, erklärte, daß seiner Ansicht nach der neue deutsche Reichskanzler die Absicht habe, ein ehrliches und aufrichtiges Friedensangebot zu machen. Gerard ist der Ansicht, daß die Ernennung des Prinzen Max von Baden das Aufgeben der alldeutschen Politik bedeutet. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß Deutschland, falls es wirklich Frieden schließen wolle, entweder Prinz Max von Baden oder Dr. Solz zum Reichskanzler ernennen werde.

Die neuen Exzellenzen.

Der Kaiser hat, wie der Reichsanzeiger meldet, folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

In Erweiterung meines Erlasses vom 27. April 1889 bestimme Ich, daß sämtliche Staatssekretäre für die Dauer ihres Amtes das Prädikat Exzellenz führen sollen.

Großes Hauptquartier 1918. Wilhelm I. R. v. Papen.

Die Abänderung des Belagerungszustandgesetzes.

Da sich eine gesetzliche Abänderung des Belagerungszustandgesetzes nicht so rasch erledigen läßt, die Zustände aber unumgänglich länger gebuldet werden können, werden die erforderlichen einschneidenden Änderungen, wie man hört, in den nächsten Tagen durch kaiserliche Verordnung erfolgen. Nach welcher Richtung Änderungen vorgesehen sind, ergibt sich aus dem Programm der Mehrheitsparteien.

Die Umwandlungen in Elsaß-Lothringen.

Die großen Umwandlungen in der Reichsregierung dürften auch die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht unberührt lassen. Die Stellung des Statthalters v. Dallwitz gilt als schwer erschüttert. Man erwartet seinen baldigen Rücktritt. Er soll angeblich durch den Oberlandesgerichtspräsidenten von Köln Frenken, ersetzt werden, der früher Staatssekretär in Elsaß-Lothringen war und aus den Kreisen des elsässischen Landtages als besonders erwünscht bezeichnet wird. Ferner wird geplant, elsäß-lothringische Landtagsabgeordnete als Unterstaatssekretäre in die Landesregierung aufzunehmen.

Zum Rücktritt König Ferdinands.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Aus Anlaß der Thronbesteigung des Königs Boris findet heute (Sonntag) nachmittag in der Kathedrale in Sofia ein feierlicher Gottesdienst statt. In der heutigen Sobranjessitzung erwartet man in allen Kreisen Bulgariens die vollständige Annahme der von der Entente gestellten Bedingungen, die nunmehr auch zensurfrei von der bulgarischen Presse besprochen werden. Einer der wichtigsten Punkte ist der Abbruch der bisherigen Beziehungen Bulgariens zu den früheren Bundesgenossen. Von der Regierung, deren Stellung gegenwärtig eine sehr starke ist, wurde den Angehörigen der bisherigen verbündeten Mächte eine oberwältigende Frist zum Verlassen des bulgarischen Bodens gestellt. Hiermit wurde nur eine Formalität erfüllt, da der größte Teil der betreffenden Kolonien Bulgariens bereits verlassen hat. Die deutsche Kolonie verläßt heute Sonntag Sofia.

Die Sitzung der Sobranje.

Aus Sofia wird am Freitag gemeldet: Der Sobranjepresident berief auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Malinow heute morgen die Abgeordneten zu einer außerordentlichen Sitzung. Bei Eröffnung der Sitzung herrschte tiefe Bewegung. Saal und Tribünen waren überfüllt. Malinow gab die Abdankung des Königs Ferdinand und die Thronbesteigung des neuen Königs bekannt, der unter dem Namen Boris III. regieren wird. Er verlas alsdann zwei königliche Rundgebungen. Auf die Verlesung der Rundgebung des Königs Boris folgten lebhafter Beifall und Hurrarufe. Malinow teilte fernerhin mit, daß er dem neuen König den Rücktritt des Kabinetts unterbreitet habe, der jedoch nicht angenommen worden sei. Die Nachricht von der Abdankung erregte in der Stadt großes Aufsehen und brachte ein allgemeines Nachlassen der durch die jüngsten Ereignisse hervorgerufenen Spannung.

Die Sobranje billigt den Waffenstillstand.

Die geheime Sitzung der Sobranje, welche fünf Stunden dauerte und in welcher die Vertreter aller parlamentarischen Parteien zu Worte kamen, schloß mit folgender einstimmig angenommener Tagesordnung: Nachdem die

Nationalversammlung die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Gründe, welche zum Abschluß des Waffenstillstandes mit den Ententestaaten geführt haben, gehört hat, billigt sie das Vorgehen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Die Thronbesteigung des Zaren Boris.

Vorgestern fand die feierliche Thronbesteigung des Zaren Boris statt. Dem Festgottesdienst in der Kathedrale wohnten bei sämtliche Minister, die früheren Minister Radostawow, Lontschew und Geshow, die Generalität, der deutsche und österreichisch-ungarische Gesandte, der deutsche Militärbevollmächtigte, deutsche und österreichisch-ungarische Offiziere, sowie zahlreiche hohe Beamte. Nach der Eidesleistung des neuen Königs erfolgte eine Huldigung der Volksmenge im Schloßhofe. Dabei hielt der Zar eine Ansprache, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß Bulgarien seine Einigung erreichen werde. Die Stimmung in Sofia ist augenblicklich wieder sehr gehoben. Die Häuser wurden besflaggt. Ein in der Stadt angeschlagenes Manifest zeigt die Abdankung des Königs Ferdinand an, der sich nach Ungarn begeben haben soll.

Rußland erklärt den Frieden mit der Türkei für nichtig.

Rußland hat den mit der Türkei in Brest-Litowsk abgeschlossenen Friedensvertrag für null und nichtig erklärt. Rußland begründet diesen Schritt mit den Grausamkeiten, die von den Türken gegen die Bevölkerung der von Rußland abgetretenen Provinzen begangen worden seien. Außerdem hätte die Türkei trotz der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Feindseligkeiten wieder aufgenommen und hätte sogar eine Expedition gegen Batum, eine der bedeutendsten Städte der russischen Republik, veranlaßt. Infolgedessen stellt die Regierung der russischen Republik fest, daß infolge der Handlungen der ottomanischen Regierung der Vertrag von Brest-Litowsk null und nichtig ist. Rußland befindet sich also wieder im Kriegszustand mit der Türkei. Gleichzeitig ist unter dem 2. Oktober eine Note Rußlands an die deutsche Regierung abgegangen, in der u. a. gesagt wird: „Im Augenblick der schicksalsschweren Krise des deutschen Imperialismus sagen die russischen Volksmassen zu ihm: Gib wieder, was du genommen hast!“ Rußland zeige schweigend seine Wunden und nehme an, daß der erste Schritt, der für die Deutschen selbst vorteilhaft wäre, von Deutschland selbst unternommen wird.

Rußlands Teilnahme an etwaigen Friedensbesprechungen.

Nach der Zeitung für Finanzen und Volkswirtschaft in Helsingfors hat der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation in der Ukraine, Katowik, sich Journalisten gegenüber über das österreichische Friedensangebot dahin ausgesprochen, daß Rußland auf jeden Fall, wenn es auf Oesterreich-Ungarns Einladung hin zu Friedensverhandlungen kommen sollte, daran teilnehmen werde.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selmann. — Druck und Verlag: Neer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

Der Heeresbericht von heute.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 8. Oktober.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In Flandern und vor Cambrai ruhiger Tag. Keine Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der Front.
Wir gaben in vorletzter Nacht den zwischen Crevecoeur und Bearevoix an den Kanal in Linie Hauteux-La Catelette vordringenden Stellungsbogen auf und nahmen die dort stehenden Truppen in rückwärtige Linien zurück. Engländer und Franzosen setzten den Kampf zwischen La Catelette und nördlich von St. Quentin fort. Bearevoix und Mont Brain blieben in ihrer Hand. An der übrigen Front sind ihre Angriffe vor unseren Ainten gescheitert. In den Kämpfen bei Bearevoix zeichnete sich das Reserve-Infanterie-Regt. 88 unter seinem Kommandeur Major von Böbbels besonders aus.
Heeresgruppe Generaloberst von Boehn.
Erneute Angriffe der Franzosen und Italiener am Chemin des Dames wurden abgewiesen. In Fortsetzung der am 8. Oktober begonnenen Bewegungen stieß von Reims und beiderseits der Sulppe haben wir in vorletzter Nacht auch unsere Stellungen am Breumont und Meru gesäubert und rückwärtige Linien bezogen. Der

Feind folgte im Laufe des Tages. Wir standen am Abend mit ihm an der Sulppe beiderseits der Straße Reims-Reuschattelbannes-Woche-Mont-Faverger und an der Urnes in Gefechtsberührung. Zwischen der von Somme nach Norden führenden Straße und östlich von Biry griffen Franzosen und Amerikaner erneut mit starken Kräften an. Wir haben nach schwersten Kämpfen unsere Stellungen restlos behauptet. Das westfälische Infanterie-Regt. 88 und das westpreussische Infanterie-Regt. 149 zeichnete sich hierbei besonders aus. Die 199. Infanterie-Division schlug den in 15 Wellen auf gegen die Artillerie anhaltenden Feind mehrfach zurück. Leutnant Martock mit Kompagnien des Infanterie-Regts. 887 haben an der Wache des Feindes besonderen Anteil. Der Feind erlitt hier schwerste Verluste. Teilangriffe des Gegners am Westende der Ainten scheiterten.
Heeresgruppe von Gallwitz.
Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine hartnäckigen Angriffe fort. Östlich von Ozermont gelang es ihm, bis auf die Waldhöhen etwa 1 Kilometer nördlich des Ortes vorzustoßen. Hier sind seine in den Nachmittagsstunden erneut vorbrechenden Angriffe gescheitert. Beiderseits der von Claspentz

auf Romagne führenden Straße brachen die Angreifer wiederum vor den elsäß-lothringischen und westfälischen Regimentern völlig zusammen. Weiter östlich drang der Feind in den Haha-Wald ein. Im übrigen wurde er abgewiesen.
Wir schossen gestern 87 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab.
Außerdem wurden von einem feindlichen, im Angriff auf die Pfalz befindlichen Geschwader 8 Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen.
Östlicher Kriegsschauplatz.
Unsere bisher im Rahmen des bulgarischen Heeres kämpfenden Truppen wurden herausgelegt und sind im Rückmarsch an ihre Verammlungsräume. Sie haben den an sie gestellten Anforderungen voll entsprochen und hervorragendes geleistet.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Die in Palästina an der Seite unserer treuen türkischen Verbündeten kämpfenden deutschen Bataillone mühten im Verein mit den schwachen türkischen Kräften erdrückender feindlicher Übermacht weichen, und sind im Rückmarsch von Damaskus in nördlicher Richtung.
Der Deutsche Generalkonsul in Aleppo

Tue Deine Pflicht:

Zeichne

Kriegsanleihe!

Bezug
boten fr
so die
abgeho
der Post
hat viele
lich so die
frei la
1914, mon
täglich in
mit Aus
Forderungen
reicher un
die Post
nehmen

Die

an
Ein
Die
gramm
haben
In
Kaiser
Deutsche
und die
Wie Du
der R
das Kat
des gew
ich dem
müssen,
aller, e
ge, Deu
So bin
dies hoch
dem bab
treuer D

Reich
den W
folgende
de, in d
Kaiser
Bundesr
licher W
die verb
widerstan
digung
seiner Re
einem
sem Ein
Ihre in
wollen.
freundl
getragene
Hohheit
die Güte
entgegen
Hohheit, v
Trachten
Einkerner
mit der
berungsw
möglich
rechten

Zu De

Nach
fährt „D
der Hoffn
Frieder
werte r
den Wet
vor We
Washington
hält es für
them die
nicht auf
Trot
„Det
land und
wamm an
äsidenten
Ende zu
vorstand,
große Lieb
sehen sind
eines ihre
es nicht u
aufgestellt
Ueberzeugu
Baden h
sprach, Un
seiten der
neue deut
Vollst get